

Gesundheitspolitik fördert Anspruchsverhalten der Patienten

Ärztliche Berufsverbände fordern Weichenstellungen



Vertreter der ärztlichen Berufsverbände zu Gast in der Sächsischen Landesärztekammer

Über die Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung und notwendige neue Strukturen diskutierten Mitte Dezember auf Einladung des Präsidenten der Sächsischen Landesärztekammer die Vertreter der ärztlichen Berufsverbände in Dresden. Erik Bodendieck kritisierte in seiner Einführung zum einen die oftmals falsch verstandene freie Arztwahl bei den Patienten, die zu einem Ärzte-Hopping führe, und zum anderen die Politiker, die das Anspruchsverhalten der Patienten fördern, anstatt die Weichen für neue Versorgungsstrukturen zu stellen. Außerdem stellte er infrage, ob jedes kleine Krankenhaus eine Maximalversorgung anbieten müsse. Er bezeichnete die Einführung der DRG als vollkommen verfehlt, da sie zu Leistungsausweitungen und Kostensteigerungen beigetragen hätte. Es dürfe nicht der Erlös vor

der Indikation stehen. Dr. med. Cornelia Hösemann vom Berufsverband der Frauenärzte berichtete von einer um sich greifenden Politikverdrossenheit unter Ärzten, die durch immer neue Gesetze und steigende Bürokratie hervorgerufen wird. Als gescheitert müsse man zum Beispiel den Überweisungsschein ansehen, so Dr. med. Axel Belusa vom Berufsverband der Urologen, denn dieser sei oftmals falsch ausgefüllt oder nichtssagend. Hier wären digitale Systeme oder eine engere Vernetzung sinnvoller.

Mit dem geplanten Terminservice- und Versorgungsgesetz schaffe die Politik einen zusätzlichen Versorgungsbereich, wodurch den Patienten suggeriert werde, Ärzte stünden sieben Tage die Woche und 24 Stunden für jede Bagatelle zur Verfügung. Die Folgen werden

eine steigende Fallzahl und höhere Kosten sein, so die einhellige Meinung der anwesenden Gäste. Priv.-Doz. Dr. med. Stefan Geßner vom Berufsverband der Pneumologen wünschte sich hier eine stärkere Geschlossenheit der Ärzteschaft, denn Politik agiere nach dem Motto „Teile und Herrsche“. Dieses Spiel dürften Ärzte nicht mitspielen. Wenn es gelänge, alle Ärzte in wichtigen politischen Positionen zu einen, dann wären ärztliche Interessen besser durchsetzbar, betonte Dr. med. Ulrike Bennemann vom Berufsverband der Nervenärzte. Dazu gehöre auch eine offene, ehrliche Kommunikation unter der Ärzteschaft.

Die Wahl der Kammerversammlung im kommenden Jahr ist eine Möglichkeit, sich für die Selbstverwaltung einzusetzen, erläuterte die Landeswahlleiterin Ass. jur. Annette Burkhardt.

Mit Blick auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr forderten die Teilnehmer von der Politik den Mut, die Grenzen des medizinischen Versorgungssystems ehrlich zu benennen, danach die richtigen Weichen zu stellen und das Anspruchsverhalten der Patienten zu dämpfen. Dazu will die Sächsische Landesärztekammer, als Vertreterin aller sächsischen Ärzte, weiterhin ihren Beitrag leisten und konstruktive Kritik üben, so der Präsident zum Abschluss der Beratung. ■

Knut Köhler M.A.
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit